



Afghanistan-Friedensgespräche noch in den Startlöchern

Nach 19 Jahren Krieg haben Afghanistans Konfliktparteien den langen Weg begonnen, nach einer friedlichen Beendigung des Konflikts zu suchen. Von Thomas Ruttig

19 Jahre und einen Tag nach den 9/11-Terroranschlägen in den USA, die eine US-geführte Militärintervention im von den Taliban kontrollierten Afghanistan auslösten, begannen am 12. September 2020 in Katars Hauptstadt Doha Friedensverhandlungen zwischen einer aus Regierungs- und Oppositionsvertreter*innen bestehenden Delegation aus Kabul und den Taliban. Nach zähem Beginn versandeten sie Mitte Dezember 2020, bis sich die Verhandler*innen Ende Februar wieder trafen. Denn alle afghanischen Kriegsparteien schauen gebannt in Richtung Washington, ob der neue Präsident Joe Biden das vorausgegangene US-Taliban-Abkommen vom Februar 2020 revidiert.

Von dort kam nun Anfang März eine völlig neue Idee. Nach dem Muster der Bonner Afghanistan-Konferenz 2001 will die US-Regierung nun eine weitere internationale Konferenz einberufen, bei der die beiden afghanischen Parteien ein Friedensabkommen schließen und eine „Übergangsfriedensregierung“ bilden sollen. Stattfinden soll sie in der Türkei. Pakistan, Iran, China, Indien, Russland und die USA würden Beobachter*innen stellen – und wohl auch als Garantiemächte fungieren. Damit könnten die intra-afghanischen Gespräche in Doha obsolet oder – im besten Falle – zu Gesprächen über die Umsetzung eines solchen Abkommens werden, wenn es denn dazu kommt.



Unabhängige Sicherheitsspezialist*innen haben im dritten Quartal 2020 die höchste je registrierte Zahl an Zwischenfällen verzeichnet.

Verhaltene Reaktion auf neue US-Vorschläge

Bisher ist unklar, wie die beiden afghanischen Parteien darauf reagieren werden. Die Taliban haben bisher auf die Einhaltung ihres Abkommens mit Washington (also den Truppenabzug bis Ende April) gepocht. Sie dürften wenig Interesse daran haben, dieses Paket noch einmal aufzuschneiden. In Kabul hat Präsident Ashraf Ghani bisher jede Form von Übergangsregierung und eine Machtübergabe ohne Wahlen abgelehnt. Die Opposition im Land findet die Idee gut, denn es würde sie wieder (mit) an die Regierung bringen. Ghani dürfte am leichtesten zu überzeugen sein, denn seine Regierung hängt völlig von US-Militär- und Finanzhilfe ab. Das Problem an solch einer Konferenz: Sollte dabei tatsächlich ein Abkommen herauskommen und die restlichen westlichen Soldat*innen abziehen, bleiben grundlegende Konflikte im Land trotzdem bestehen, und die Taliban könnten doch wieder auf militärisches Vor-

gehen umschwenken. Dann käme es darauf an, ob die Garantiemächte tatsächlich etwas unternehmen – und dass sie sich auf ein einheitliches Vorgehen verständigen können. Das könnte angesichts der zahlreichen Spannungen zwischen ihnen (Pakistan-Indien; USA-Iran; Iran-Pakistan; USA-Russland-China) schwierig werden.

Nach der Idee aus Washington soll die UNO die Umsetzung des Abkommens überwachen. Auch das sieht danach aus, dass die USA die Verantwortung für Afghanistan gern abgeben möchten.

Fortschritte gab es bei den Doha-Gesprächen bis dahin nur wenige, und das war auch der Grund für den neuen Vorstoß aus Washington. Eine Einigung wurde nur in Verfahrensfragen erzielt, eine vereinbarte Agenda für die weiteren Gespräche gibt es noch nicht. Über die Themen sind sich beide Seiten mehr oder weniger einig: Es soll eine „neue islamische Regierung“ geben und einen Waffenstillstand – sprich ein Ende des Krieges. Nur wollen die Tale-

ban zuerst eine solche Regierung bilden und erst nach Klärung aller Detailfragen zur künftigen staatlichen Ordnung einer Waffenruhe zustimmen. Die Delegation aus Kabul möchte eine Waffenruhe gleich zu Beginn. Das lehnen die Taliban ab, denn damit würden sie ein wichtiges Druckmittel aufgeben – eines, dass sie überhaupt erst an den Verhandlungstisch gebracht hatte, nachdem die USA erfahren mussten, dass sie militärisch nicht zu schlagen sind.

Erstmals direkte Gespräche

Beide afghanische Seiten sitzen sich in Doha zum ersten Mal offiziell direkt gegenüber. Während die international anerkannte Regierung von Präsident Ashraf Ghani seit langem auf Direktgespräche gedrungen hatte, verweigerten die Taliban dies bis dahin.

Es hatte bisher lediglich eine Reihe indirekter und geheimer Kontakte gegeben. Bemerkenswert in dieser Hinsicht war ein von Norwegen veranstaltetes Treffen im Sommer 2015, in dem in Oslo hochrangige Taliban-Vertreter erstmals afghanischen Politiker*innen und zivilgesellschaftlichen Aktivist*innen begegneten.

Bei der Eröffnung in Doha, die live aus einem Luxushotel gestreamt wurde, legten beide afghanische Konfliktparteien in Erklärungen ihre Grundpositionen dar. Der Chef des afghanischen Versöhnungsrates, Abdullah Abdullah, würdigte die nach dem Sturz des Taliban-Regimes 2001 erzielten „Errungenschaften“ wie „Demokratie, Wahlen, Redefreiheit, Frauenrechte, Minderheitenrechte, den Rechtsstaat, Bürger*innen- und Menschenrechte“, die in der gegenwärtigen Verfassung verbrieft, wenn auch nur in Ansätzen verwirklicht sind. Er vermied aber zu sagen, dass diese vollständig bewahrt werden müssten. Im Vorfeld hatte die Regierung den Taliban eine „Verfassungsreform“ angeboten. Jetzt hieß es aus Kabul, man bestrebe einzig auf die „Wahrung demokratischer Werte“.

Abdullah, ein erfahrener Diplomat, setzte auch einen neuen Akzent in Bezug auf die bisherige Forderung Kabuls, dass mit Gesprächsbeginn eine landesweite Waffenruhe erklärt werden müsse. Nun sprach er davon, dass Kabul eine „humanitäre Waffenruhe“ anstrebe und ein umfassender Waffenstillstand „so bald wie möglich“ folgen solle. Die Taliban beharren

Über die Themen sind sich beide Seiten mehr oder weniger einig: Es soll eine „neue islamische Regierung“ geben und einen Waffenstillstand – sprich ein Ende des Krieges.





Einflussreiche Regierungsmitglieder lehnen den gesamten Friedensprozess ab und versuchen, ihn zu unterminieren.

bisher darauf, dass darüber erst verhandelt werden müsse.

Mulla Baradar, eigentlich Abdul Ghani (nicht mit dem afghanischen Präsidenten verwandt), der Taliban-Vizechef für politische Fragen, fasste sich kürzer. Er versicherte, seine Bewegung sei „in aller Ehrlichkeit“ an den Verhandlungstisch gekommen und beschränkte sich auf deren Hauptforderung, dass eine „islamische Ordnung“ für das Land am Ende der Verhandlungen stehen müsse.

Abdullah und Baradar sind nicht die jeweiligen Verhandlungsführer, sondern deren Vorgesetzte. Für Kabul hat der frühere Geheimdienstchef Massum Stanakzai diese Rolle übernommen, der seit einem Taliban-Anschlag am Stock geht. Die Aufständischen ernannten noch kurz vor Gesprächsbeginn einen neuen Chefunterhändler. Abdul Hakim Haqqani Eshaqzai ist der Chef ihres Rates der Islam-Geistlichen und gilt als konservativ. Das wird die Gespräche nicht leichter machen, gibt der Taliban-Delegation aber mehr Gewicht und Entscheidungsbefugnis.

Abhängigkeit von westlicher Unterstützung

Die Rolle der USA bleibt selbst als Beobachter stark. Der damalige Außenminister Mike Pompeo, der zu diesem Treffen nach Doha gereist war, sagte den Versammelten, beide Parteien sollten bei ihrer Entschlussfindung die Interessen Washingtons im Blick haben, wenn sie an weiterer Unterstützung interessiert seien. Auch mit den Taliban in der Regierung ist Afghanistan ohne externe Finanzhilfe nicht überlebensfähig.

Den Weg für dieses Treffen hatte erst das Doha-Abkommen zwischen den USA und den Taliban freigemacht. Der von den USA darin zugesagte – und inzwischen durch Trumps Befehl beschleunigte – vollständige Truppenabzug, der auch die Verbündeten einschließt, also auch die Truppen der anderen NATO- und alliierten Staaten, soll bis Ende April 2021 abgeschlossen werden. Das war das politische Hauptziel der Taliban, die danach auch ihre Ablehnung von Direktgesprächen beendeten. Allerdings bestehen sie immer noch darauf, dass sie nicht direkt mit der

von ihnen nach wie vor nicht anerkannten Regierung sprechen, und in der Tat schließt das „Kabuler“ Verhandlungsteam auch Mitglieder oppositioneller Gruppen sowie solche mit zivilgesellschaftlichem Hintergrund ein. Offiziell heißt es „*Verhandlungsteam der Islamischen Republik Afghanistan*“.

Bedingung für den Abzug ist allerdings, dass die Taleban im Gegenzug verhindern, dass Terrororganisationen wie *al-Qaeda* und der *Islamische Staat* von Afghanistan aus operieren können. Zwar verpflichteten sich die Taleban, es solchen Gruppen zu verwehren, „Afghanistans Boden zu nutzen, um die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten zu bedrohen“, und *nicht* mit ihnen zu kooperieren. Ausdrücklich nicht erwähnt ist eine Ausweisung oder Verhaftung solcher Kämpfer oder ihrer Familien, wenn sie sich – wie bei vielen der Fall – nicht an Kämpfen beteiligen. Gleichzeitig tauchten zuletzt wiederholt Berichte der afghanischen Regierung über eine anhaltende *Taleban-al-Qaeda*-Kooperation auf. Einflussreiche Regierungsmitglieder lehnen den gesamten Friedensprozess ab und versuchen, ihn zu unterminieren. Dazu gehört Vizepräsident Amrullah Saleh, ein früherer Geheimdienstchef, aus dessen früherem Haus viele der schwer zu überprüfenden Berichte stammen. Die Abgrenzung zwischen beiden Gruppen ist in der Tat unscharf, aber nicht jede*r Araber*in in Afghanistan gehört zu *al-Qaeda*. Zudem tendiert die strategische Bedeutung der durch US-Luftschläge erheblich geschwächten Gruppe für die Taleban gegen Null. Sie dürften sogar daran interessiert sein, *al-Qaeda* loszuwerden, denn ihre Anwesenheit und etwaige Vorwürfe der Kooperation sind die wichtigsten Hürden für die eigene Rückkehr an die Macht. Selbst hochrangige US-

Militärs geben zu, dass sich die Erfüllung dieser Forderungen an die Taleban schwer verifizieren lasse.

Verbesserte Ausgangslage für die Taleban

Zweitens wird den Taleban vorgeworfen, dass sie seit dem Doha-Abkommen die Gewalt im Land eskaliert haben. Laut US-Militär wurde im letzten Quartal mehr gekämpft als im Vergleichszeitraum 2019. Unabhängige Sicherheitsspezialist*innen haben im dritten Quartal 2020 die höchste je registrierte Zahl an Zwischenfällen – also direkten Kampfhandlungen, Anschlägen, Bombardierungen u.a. – verzeichnet. Laut UNO gehen fast 90 Prozent aller Kampfhandlungen von den Taleban aus. Formal verletzt das aber das Abkommen gar nicht.

Laut US-Militär wurde im letzten Quartal mehr gekämpft als im Vergleichszeitraum 2019.

Sie sollen sich nur verpflichtet haben, nicht mehr die US- und verbündete westliche Truppen sowie Bevölkerungszentren anzugreifen. (Dieser Teil des Abkommens ist geheim.) Hingegen hielten sie sich diese Option für die afghanischen Streitkräfte offen. Die USA akzeptierten das. Umstritten ist, ob die inzwischen fast täglichen gezielten Mordanschläge auf militärische und zivile Regierungsvertreter*innen in den Städten unter das Abkommen fallen. Oft übernimmt keine Gruppe dafür die Verantwortung.

Im Resultat gab es seither keine großen Taleban-Anschläge mehr in den Städ-

ten. (Der *Islamische Staat*, der weiter bombt, wie zuletzt in der bisher friedlichen Provinz Bamian und gegen die Universität sowie ein Bildungszentrum in Kabul, ist nicht Partei des Abkommens.) Gleichzeitig rückten die Taleban aber auf mehrere Provinzhauptstädte zu, darunter Kandahar und Kundus. Nach offiziellen afghanischen Regierungsangaben sollen sie seit Unterzeichnung des Abkommens mit den USA auch 50 der etwa 400 Distriktzentren des Landes attackiert haben – was sie selbst bestreiten. Sie zerstören mit Autobomben afghanische Armeebasen und Polizeiposten und unterbrechen immer wieder wichtige Straßenverbindungen. Die Moral bei den Regierungskräften bröckelt. In mehreren Provinzen räumten sie ohne Befehl Stützpunkte, weil sie nicht mehr versorgt wurden. Offenbar schaffen die Taleban sich Ausgangspositionen für eine Situation, in der die Friedensgespräche mit Kabul zusammenbrechen.

Trumps Truppenreduzierungsbeschluss von Mitte November 2020, der die Zahl der US-Truppen in Afghanistan bis Mitte Januar von 4.500 auf 2.500 reduzierte, schwächt also die Verhandlungsposition der afghanischen Regierung weiter und erweitert die Optionen der Taleban. Sie könnten so bei Verhandlungen mehr herausholen oder, sollten diese kollabieren, militärisch in die Offensive gehen. Ob 2.500 US-Soldat*innen sie dann noch stoppen könnten, ist nicht sicher. In beiden Szenarien könnten konservative Elemente im derzeitigen Kabuler politischen System zu den Taleban überlaufen und das politische System kippen lassen. Demokratische Freiheiten und Menschenrechte stünden zur Disposition. Das aber ist Washington nicht mehr wichtig. Selbst Biden hat 2010 erklärt, er würde seinen Sohn nicht nach Afghanistan schicken, „um

dessen Leben für Frauenrechte zu riskieren“.

Teile der afghanischen Regierung und Zivilgesellschaft hoffen jetzt darauf, dass Biden das Doha-Abkommen noch einmal aufschnürt – allerdings ohne sagen zu können, wie sie den Krieg unter solchen Umständen beenden wollen. Böse gesagt, repräsentieren diese Stimmen vor allem die städtischen Eliten, die vom Krieg weniger abbekommen (obwohl die häufigen Anschläge schlimm genug sind), während die schwersten Kämpfe abseits der Medienberichterstattung in den Landgebieten toben. Unterdessen hat die internationale Staatengemeinschaft auf der Afghanistan-Geberkonferenz am 23./24. November in Genf der Kabuler Regierung nicht nur finanziell (wenn auch mit um 20 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2016-20 gesunkenen Zusagen), sondern auch politisch den Rücken gestärkt und deren Forderung nach einem umfassenden und sofortigen Waffenstillstand, den die Taleban zu Beginn der Gespräche ablehnten, übernommen.

Eines ist klar: Die Positionen beider Seiten stehen einander diametral gegenüber, und es wird viel Kompromissbereitschaft erfordern, sich einander bis auf eine Lösung anzunähern. Der Weg dahin wird kompliziert und wohl viel Zeit benötigen. Insofern ist es immerhin gut, dass der unberechenbare Hausherr im Weißen Haus nun einem Realpolitiker gewichen ist.